

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Das sonstige Sondergebiet "Biogasanlagen/Tierhaltung" gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO dient der Unterbringung von Biogasanlagen und Tierhaltungsanlagen sowie der sonstigen zugehörigen Anlagen. Im Sondergebiet sind

eine Tierhaltungsanlage mit max. 1824 Mastplätzen für Schweine,

Biogasanlagen einschließlich Gärproduktlager, Nachgärer und Fermenter, befestigte Arbeitsflächen für den Feststoffeintrag und den Abtankplatz, Lagerflächen für Rohstoffe für den Betrieb der Biogasanlage,

Lagerflächen und Aufbereitungstechniken für Gärreststoffe sonstige Gebäude für den Betrieb der Biogasanlagen (z.B. Lagerhallen, Unterstellhallen für Maschinen),

Silagelagerflächen, Anlagen zur Aufbereitung, Speicherung, Lagerung und Weiterverarbeitung von Gas, Wärme und Strom einschließlich der Anschlüsse zur Weiterleitung und Einspeisung,

Anlagen zur Nahwärmeerzeugung, Anlagen zur Wasserstoffproduktion, Elektrolyseure,

Geothermieanlagen,

Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf max. 10 % der Fläche,

Photovoltaikanlagen auf Dachflächen,

Pufferspeicher, Blockheizkraftwerke Heizöltanks.

Gülletanks, Flächen für die Regenwasserrückhaltung bzw. -versickerung, Zufahrten, Stellplätze, Garagen

2. HÖHE BAULICHER ANLAGEN

und Nebenanlagen.

Im Plangebiet ist die Höhe der baulichen Anlagen auf eine Oberkante (OK) von 18,00 m Höhe (gemessen von der Fahrbahnoberkante des angrenzenden Wirtschaftsweges, jeweils auf Höhe des geplanten

Gebäudestandorts) begrenzt.

Im Sondergebiet wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Es gelten die Vorschriften der offenen Bauweise mit der Maßgabe, dass auch Gebäude von mehr als 50 m Länge zulässig sind.

4. FLÄCHEN ZUM ERHALT VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN Innerhalb der 5 m bzw. 15 m breiten Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern ist der Gehölzbestand einer Strauch-Baumhecke, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB, durch den Grundstückseigentümer vollständig zu

erhalten, zu pflegen und bei Abgang gleichartig mit Pflanzen aus der nachstehenden Pflanzliste zu ersetzen. Die als Ersatz zu pflanzende Laubgehölze sind als 2x verpflanzte Heister, 125 - 150 cm hoch, und die Sträucher 2x verpflanzt 80 - 120 cm hoch, zu pflanzen.

Bei allen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen sind Stamm, Krone und Wurzelraum zu schützen. Auswahl der zu verwendenden Arten:

Botanischer Name	Deutscher Name
Bäume	
Betula pendula	Sandbirke
Fagus sylvatica	Rotbuche
Quercus robur	Stieleiche
Sorbus aucuparia	Vogelbeer
Sträucher	
Corylus avellana	Haselnuss
Crataegus monogyna	Eingriffeliger Weißdorn
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus frangula	Faulbaum
Rosa canina	Hundsrose
Salix caprea	Salweide
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder

5. FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR

Innerhalb der, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB, festgesetzten Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist die vorhandene Streuobstwiese durch Neuanpflanzungen von Obstbäumen zu ergänzen und dauerhaft zu erhalten. Es sind Obstbäume regionaler Sorten der Qualität Hochstamm, Stammumfang 10 - 12 cm zu verwenden. Als

Verbissschutz zu versehen. Die Bäume sind in einem Pflanzraster von 8 x 8 m zu pflanzen. Die Streuobstwiese ist als extensives Grünland (Mähwiese mit 1 - 2 Mähterminen pro Jahr oder Beweidung) zu nutzen. Sie ist dauerhaft zu erhalten, abgängige Obstbäume sind gleichwertig zu ersetzen. Die Düngung des Grünlandes ist nicht gestattet. Eine bedarfsgerechte Punkt-Düngung der Baumstandorte ist zulässig; ausgenommen ist Düngung mit Gülle, Klärschlamm und Gärresten/ Endprodukten aus Biogasanlagen. eln aller Art ist nicht zulässig. Bei zwingender Erforderlichkeit Einzelfällen das Einverständnis der Unteren Naturschutzbehörde vorher einzuholen.

6. GEWÄSSERRANDSTREIFEN

Innerhalb des 5 m breiten festgesetzten Gewässerrandstreifens ist ein extensiver Gras- und Staudensaum dauerhaft zu erhalten. Eine jährliche Mahd ab August eines jeden Jahres ist zulässig, um ein Aufkommen von Gehölzen zu vermeiden. Das Mähgut ist abzufahren. Die Fläche ist dauerhaft der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Eine Nutzung sowie der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sind nicht zulässig.

7. ZUORDNUNG DER AUSGLEICHSMASSNAHMEN

Die externe Ausgleichsmaßnahme - Entwicklung einer Ruderalflur - außerhalb des Plangebietes auf dem Flurstück 57/4 der Flur 10 in der Gemarkung Hanstedt ist dem Sondergebiet im Plangebiet zugeordnet.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Art der baulichen Nutzung

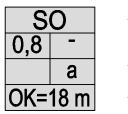


Sonstige Sondergebiete "Biogasanlagen/ Tierhaltung"

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

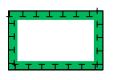
Baugrenze

Füllschema der Nutzungsschablone

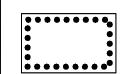


Grundflächenzahl (GRZ) Verhältnis der überbauren Fläche zur Grundstücksfläche Zahl der Vollgeschosse abweichende Bauweise als Höchstmaß Oberkante der baulichen Anlagen als Höchstmaß

Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

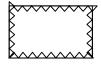


Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft



Umgrenzung von Flächen für den Erhalt von Bäumen und Sträuchern

Sonstige Planzeichen



Flächen, die von Bebauung freizuhalten sind hier: Gewässerrandstreifen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Farbgebung Außenfassaden und Dachflächen Die Farbgebung der Außenfassaden und Dachflächen baulicher Anlagen sind in gedeckten Grün-, Rot- und/oder Brauntönen zuhalten. Alternativ können Dachflächen in einem dunklen grau-/anthrazit Farbton gehalten werden.

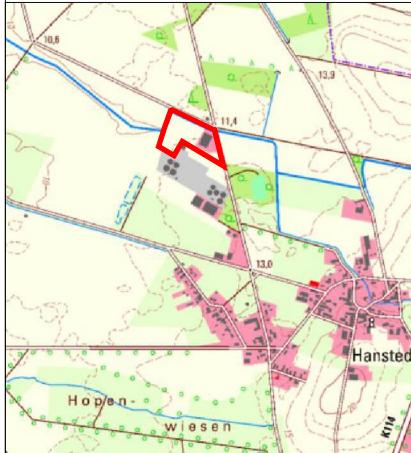
Außenleuchten sind zum Schutz von wildlebenden Tierarten ausschließlich mit Leuchtmitteln warmweißer Farbtemperatur ≤ 3000 Kelvin zulässig. Die Leuchtgehäuse sind gegen das Eindringen von Insekten staubdicht geschlossen auszuführen und dürfen eine Oberflächentemperatur von 60 °C nicht überschreiten. Eine Abstrahlung oberhalb der Horizontalen sowie auf angrenzende Wasserflächen, Gehölze oder Grünflächen ist unzulässig. Die Lichtquellen sind zeitlich und in ihrer Anzahl auf das für die Beleuchtung absolut notwendige Maß zu beschränken.

PRÄAMBEL

AUF GRUND DES § 1 ABS. 3 UND § 10 DES BAUGESETZBUCHES (BAUGB), DER § 80 UND 84 DER NIEDERSÄCHSISCHEN BAUORDNUNG (NBAUO) UND DES § 58 DES NIEDERSÄCHSISCHEN KOMMUNALVERFASSUNGSGESETZES (NKOMVG) HAT DER RAT DER GEMEINDE BREDDORF DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 10B, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG UND DEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN, ALS SATZUNG BESCHLOSSEN.

BREDDORF, DEN

BÜRGERMEISTERIN



ÜBERSICHTSPLAN

Im Gebiet des Bebauungsplanes werden archäologische Funde vermutet (Bodendenkmale gem. § 3 Abs. 4 des

Nach § 13 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bedarf es einer Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde, die bei baugenehmigungspflichtigen Maßnahmen zusammen mit der Baugenehmigung zu erteilen ist. Mit Auflagen zur Sicherung oder vorherigen Ausgrabung muss gerechnet werden.

3. ZUORDNUNG DER AUSGLEICHSMAßNAHMEN Die außerhalb des Plangebietes auf dem Flurstück 268/32 der Flur 3 in der Gemarkung Rhade durchzuführende

Mit der Umsetzung der Planung sind Verstöße gegen die Zugriffsverbote des § 44 BNatSchG nicht zu erwarten bzw. können diese vermieden werden. Als artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahme ist zu beachten, dass die Baufeldfreimachung außerhalb der Brut- und Setzzeit durchzuführen und über eine Begehung der Bauflächen vor Baubeginn sicherzustellen ist, dass keine Brutplätze von Vögeln durch die Baumaßnahmen zerstört werden. Zusätzlich ist die Rodung von Gehölzen im Zeitraum 01.10. bis 28.02. durchzuführen. Bei zukünftigen Um- bzw. Ausbaumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand sind die Gebäude vor Durchführung von Baumaßnahmen sowie die Bäume vor einer Rodung nochmals von einem Gutachter auf Besatz zu untersuchen.

Bei positivem Besatz sind weitere Maßnahmen, wie bergen, versorgen und auswildern für Fledermäuse durchzuführen.

HINWEISE

1. BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO)

Es gilt die BauNVO in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6).

2. ARCHÄOLOLGISCHE DENKMALPFLEGE

Nieders. Denkmalschutzgesetzes).

Ausgleichsmaßnahme - Aufforstung eines standortgerechten, heimischen Laubmischwaldes - ist dem Sondergebiet im Plangebiet zugeordnet. 4. ARTENSCHUTZ

GEMEINDE BREDDORF BEBAUUNGSPLAN NR. 10 B "SCHAFBRÜCKE III"

Stand 27.08.2025

ENTWURF

SCHEESSEL, DEN _____

KEIT IST EINWANDFREI MÖGLICH.

QUELLE: AUSZUG AUS DEN GEOBASISDATEN DER LANDESVERMESSUNG NIEDERSACHSEN,

AM . .2024 DIE AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B BESCHLOSSEN.

VON ______ BIS ____ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN.

1. DER RAT DER GEMEINDE BREDDORF HAT IN SEINER SITZUNG

DER AUFSTELLUNGSBESCHLUSS IST GEMÄSS § 2 ABS. 1 BAUGB

2. KARTENGRUNDLAGE: LIEGENSCHAFTSKARTE

BREDDORF, DEN _____

GEOINFORMATION UND LANDES-VERMESSUNG NIEDERSACHSEN, REGIONALDIREKTION OTTERNDORF

DIE BÜRGERMEISTERIN

TERS UND WEIST DIE STÄDTEBAULICH BEDEUTSAMEN BAULICHEN ANLAGEN SOWIE STRASSEN. WEGE UND PLÄTZE VOLLSTÄNDIG NACH (STAND VOM 2024). SIE IST HINSICHTLICH DER DARSTELLUNG DER GRENZEN UND DER BAULICHEN ANLAGEN GEOMETRISCH EINWANDFREI. DIE ÜBERTRAGBARKEIT DER NEU ZU BILDENDEN GRENZEN IN DIE ÖRTLICH-

DIE PLANUNTERLAGE ENTSPRICHT DEM INHALT DES LIEGENSCHAFTSKATAS-

ÖFF. BEST. VERM.-ING.

PLANUNGSGEMEINSCHAFT NORD GMBH

GROSSE STRASSE 49 27356 ROTENBURG (WÜMME) TEL.: 04261/9293-0

ROTENBURG (WÜMME), DEN _

PLANVERFASSER

4. DER RAT DER GEMEINDE BREDDORF HAT IN SEINER SITZUNG AM DEM ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND SEINE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN VOM BIS

ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT. DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B UND DER BEGRÜNDUNG HABEN VOM BIS GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB ÖFFENTLICH AUSGELEGEN

BREDDORF, DEN _____

DIE BÜRGERMEISTERIN

5. DER RAT DER GEMEINDE BREDDORF HAT IN SEINER SITZUNG AM GEÄNDERTEN ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND SEINE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEMÄSS § 4 A ABS. 3 BAUGB BESCHLOSSEN. 6. DER RAT DER GEMEINDE BREDDORF HAT DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 10B NACH PRÜFUNG

_ ALS SATZUNG (§ 10 BAUGB) SOWIE DIE BEGRÜNDUNG BESCHLOSSEN.

DIE BÜRGERMEISTERIN

DIE BÜRGERMEISTERIN

DIE BÜRGERMEISTERIN

DER STELLUNGNAHMEN GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB IN SEINER SITZUNG

7. DER BESCHLUSS DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B IST GEMÄSS § 10

DER BEBAUUNGSPLAN NR. 10B IST DAMIT AM

RECHTSVERBINDLICH GEWORDEN.

GELTEND GEMACHT WORDEN.

BREDDORF, DEN _____

ABS. 3 BAUGB AM _____ IM AMTSBLATT FÜR DEN LANDKREIS ROTENBURG BEKANNTGEMACHT WORDEN.

8. INNERHALB EINES JAHRES NACH INKRAFTTRETEN DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B SIND

EINE VERLETZUNG VON VERFAHRENS- ODER FORMVORSCHRIFTEN, EINE VERLETZUNG DER

VORSCHRIFTEN ÜBER DAS VERHÄLTNIS DES BEBAUUNGSPLANS UND DES

FLÄCHENNUTZUNGSPLANS ODER MÄNGEL DES ABWÄGUNGSVORGANGS NICHT

BREDDORF, DEN ____

BREDDORF, DEN _

ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM _ ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT. DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES NR. 10B UND DER BEGRÜNDUNG

HABEN VOM ______ BIS _____ GEMÄSS § 3 ABS. 2 BAUGB ÖFFENTLICH AUSGELEGEN.

BREDDORF, DEN _____

DIE BÜRGERMEISTERIN